



Liebe Leserinnen,

die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 markiert einen neuen Tiefpunkt in der Geschichte der SPD – mit einem Ergebnis von bundesweit lediglich 20,5 Prozent sind wir weit hinter unseren eigenen Ansprüchen zurückgeblieben. Die SPD hat noch am Wahlabend angekündigt, für eine Fortsetzung der großen Koalition nicht zur Verfügung zu stehen und ihre neue Rolle in der Opposition suchen zu wollen. Leider wird daher auch das Bundesfrauenministerium zukünftig nicht mehr von der SPD verantwortet – ein herber Verlust! Denn auch im Bundestag selbst wird der Einsatz für ein geschlechtergerechtes Land und mehr Gleichstellung in den kommenden vier Jahren nicht leichter – nicht nur, weil Frauen dort nur zu 31 Prozent vertreten sind.

Zunächst wünsche ich Euch aber eine angeregte Lektüre mit unserem neuen Newsletter!

Eure Sarah Schulze

Nur noch knapp 31 Prozent weibliche Abgeordnete im Bundestag

Von einer geschlechtergerechten Besetzung ist der neue Bundestag weiter entfernt denn je. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten hat sich von 36,5 Prozent auf 30,75 Prozent verringert. Weniger als ein Drittel der 709 Abgeordneten sind Frauen (218). Damit sinkt der Anteil der weiblichen Abgeordneten auf den niedrigsten Stand seit 19 Jahren. Der Bundestag spiegelt damit nicht im

Ansatz das Geschlechterverhältnis unserer Gesellschaft wieder und trägt dazu bei, dass sich Ungleichheit nicht auflöst – sondern manifestiert. Vergleicht man die einzelnen Parteien, fällt auf, dass nur diejenigen, die sich eine eigene Quote gegeben haben, ein angemessenes Verhältnis



Bild: Deutscher Frauenrat

von Frauen und Männern in ihren Fraktionen erreichten: So beträgt der Frauenanteil in der SPD-Fraktion 41,8 Prozent, bei den Linken und Grünen sind es 53,6 bzw. 58,2 Prozent. Bei den parlamentarischen Neuzugängen müssen Frauen hingegen mit der Lupe gesucht werden. Bei der AfD beträgt der Männeranteil 88,3 Prozent, bei der FDP sind es 77,5 Prozent. Angesichts des gesunkenen Frauenanteils sind Forderungen nach einer Änderung des Wahlrechts laut geworden, um die gleichberechtigte Partizipation von Frauen und Männern zu sichern. Vorbild könnte das Parité-Gesetz in Frankreich sein, durch das der Frauenanteil gesteigert wurde.

SPD im Umbruch

Unmittelbar nach der verheerenden Niederlage bei der Bundestagswahl kündigte Martin Schulz tiefgreifende Erneuerungen der Partei an. Sie müsse jünger und weiblicher werden. Bei der jüngsten Verteilung von Ämtern war davon nur wenig zu merken. Viele der Spitzenpositionen wurden abermals von Männern besetzt. Einzig Andrea Nahles als Fraktionsvorsitzende bildet eine Ausnahme. Die SPD lebt nicht, was sie politisch fordert. Was lernen wir daraus? Um den Frauenanteil in der Partei zu erhöhen und eine paritätische Besetzung der Spitzenfunktionen in Partei und Fraktionen zu erreichen, müssen sich vor allem die Strukturen innerhalb der SPD ändern. Wir brauchen mehr Projektarbeit, weniger Präsenzpflcht und auch die Möglichkeit, sich für eine gewisse Zeit aus der Partearbeit zurückziehen zu können, ohne Abstriche zu fürchten. Es mangelt sicher nicht an qualifizierten Frauen in der SPD, sondern viel zu oft an dem Willen, das Potenzial, das wir haben, auch zu nutzen.

Die Werbemelder*in ist da

Die Initiative Pinkstinks hat auf ihrer Website eine einfache Möglichkeit eingerichtet, mit der auf sexistische und diskriminierende Werbung hingewiesen werden kann. Hintergrund ist der Kampf der Initiative, für ein gesetzliches Verbot von Sexismus in der Werbung. Mit der Werbemelder*in soll untersucht werden, wie verbreitet sexistische Werbung in Deutschland wirklich ist. Die Meldefunktion mit Deutschlandkarte wird bis Juli 2019 vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Hier geht es zur <http://werbemelder.in>

Manifest für Frauen in der Wirtschaft

Als erste Bundeswirtschaftsministerin hat Brigitte Zypries ein Manifest für „Frauen in der Wirtschaft“ präsentiert. Das Manifest ist ein Appell an die Politik, die das Thema „Frauen in der Wirtschaft“ mit Hochdruck weiter voranbringen muss, an die Unternehmen und an die Frauen selbst. „Ich treffe täglich starke, kompetente Frauen – bei Unternehmensbesuchen, auf Veranstaltungen oder in Gesprächsrunden. In den Chefetagen deutscher Unternehmen sind aber nur wenige Frauen zu sehen. Dass wir 2017 noch keine Frau an der Spitze eines der 30 DAX-Konzerne haben, ist nicht mit fehlender Kompetenz von Frauen zu begründen“, so die Ministerin. Das Manifest zeigt verschiedene Handlungsfelder auf, um Frauen in der Wirtschaft weiter zu stärken. Zugleich unterstreicht es die Bedeutung, die starke Frauen in der Wirtschaft und ihr Anteil an der Wertschöpfung für den Wirtschaftsstandort Deutschland haben. Das Manifest fasst Leitgedanken für die Zukunft zusammen und soll als Diskussionsgrundlage dienen.

#metoo

Schweigen kann manchmal erdrückender sein als der lauteste Lärm. Zum Beispiel dann, wenn es Opfer von sexuellen Übergriffen hilflos macht. In den sozialen Netzwerken verbreitet sich gerade mit #MeToo (deutsch: also: „Ich auch“) ein Hashtag, der dieses Schweigen brechen soll. Darunter melden sich tausende Opfer von Missbrauch und Erniedrigung öffentlich zu Wort: Sie berichten über Vergewaltigungen, sexistische Sprüche, sexuelle Übergriffe im Erwachsenenalter oder als Kinder. „Me-Too“ ist eine Reaktion auf den Fall Harvey Weinstein. Der Hollywood-Produzent soll jahrzehntelang Frauen sexuell belästigt und ausgenutzt haben. Auch Vergewaltigung wird ihm vorgeworfen. Daher rief die US-Schauspielerin Alyssa Milano Betroffene dazu auf, unter dem Hashtag von sexuellen Übergriffen zu berichten, um aufzuzeigen, wie groß das Problem tatsächlich ist. In den vergangenen Wochen wurden mehrere Millionen Tweets auf Twitter geteilt.

Die Aktion erinnert an den #aufschrei Anfang 2013. Damit #metoo nicht ähnlich folgenlos endet, müssen wir lernen, über das Schweigen zu sprechen und einzuschreiten, wenn wir Übergriffe mitbekommen.

„Führung ohne Vielfalt?“

Zwei Jahre nach Einführung der Frauenquote zieht die AllBright Stiftung in ihrem Bericht „Führung ohne Vielfalt?“ Bilanz. Während die Quote



Bild: <http://www.allbright-stiftung.de/> von 30 Prozent weiblicher Aufsichtsratsmitglieder zum 01. September 2017 in greifbare Nähe rückt, liegt der Frauenanteil in den Vorständen der 160 an der Frankfurter Börse notierten Unternehmen noch immer unter zehn Prozent. In knapp 75 Prozent der Vorständen sitzt keine einzige Frau. Auch das Argument, eine Veränderung auf Vorstandsebene wäre aufgrund von langen Vertragslaufzeiten nicht zeitnah umsetzbar, überzeugt wenig. Allein 2016 wurden 15 Prozent aller Vorstandsmitglieder ausgetauscht. Unter den 102 neu gewonnenen Vorstandsmitgliedern waren allerdings nur 13 Frauen. Der Bericht kann unter <http://www.allbright-stiftung.de/aktuelles/> eingesehen werden.

Deutschland ratifiziert Istanbul-KonventionBild: www.coe.int

Deutschland hat die Istanbul-Konvention ratifiziert. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Familienministerium, Elke Ferner, übergab am 12. Oktober 2017 im Europarat in Straßburg die Ratifikationsurkunde. Mit dem Abkommen wird Gewalt gegen Frauen als spezifische Menschenrechtsverletzung eingestuft.

Außerdem geht es um Maßnahmen für Prävention, Opferschutz und Strafverfolgung. Die Erklärung gilt damit in 25 Ländern, 19 weitere Staaten haben den Vertrag bereits unterzeichnet. Deutschland hat der Bundesregierung zufolge bereits alle Verpflichtungen umgesetzt. Dazu gehört die Einführung des Grundsatzes "Nein heißt Nein" im Sexualstrafrecht: Strafbar ist es demnach nicht nur, Sex mit Gewalt oder Gewaltandrohung zu erzwingen, sondern auch, sich über den erkennbaren Unwillen des Opfers hinwegzusetzen.

Rentnerinnen bekommen nur die Hälfte

Noch größer als die Entgeltlücke ist in Deutschland der Rentenunterschied zwischen Männern und Frauen. So beziehen Männer hierzulande fast doppelt so hohe Renten wie Frauen. In keinem anderen OECD-Land ist das Gefälle so hoch, teilte die Organisation bei der Vorstellung einer Studie zur Geschlechtergerechtigkeit mit. Demnach erhalten Männer ab 65 Jahren 45,7 Prozent mehr an Renten, Pensionen und privater Vorsorge als gleich alte Frauen. Dies spiegelt vor allem Rollenverteilung vergangener Jahrzehnte wider. So hätten Frauen älterer Generationen früher Kinder bekommen und kürzer gearbeitet. Der so genannte „gender pension gap“ ist aber auch Resultat der ungleichen Einkommen von Männern und Frauen in Deutschland.

Koalitionsparteien in gleichstellungspolitische Verantwortung nehmen

Zum Auftakt der Koalitionsgespräche der „Jamaica-Koalition“ appelliert der Deutsche Frauenrat eindringlich an die Verhandlungsführenden, Frauen- und Gleichstellungspolitik im Koalitionsvertrag zu stärken. Dazu gehören aus Sicht des Frauenrates: die uneingeschränkte Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, der Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für von Gewalt betroffene Frauen, ein Rückkehrrecht auf Vollzeit gekoppelt an eine flexible Vollzeitarbeitszeit, eine Erweiterung des Entgelttransparenzgesetzes um ein Verbandsklagerecht und seine Ausdehnung auf Unternehmen mit weniger als 200 Beschäftigten, die Aufwertung sozialer Dienste sowie die Reform des Ehegattensplittings.

Neues vom ASF-Bundesvorstand

Vom 07. bis 09. Dezember 2017 findet der ordentliche Bundesparteitag der SPD in Berlin statt. Auf diesem soll neben der strukturellen Neuaufstellung der SPD natürlich vor allem die inhaltliche Arbeit im Mittelpunkt stehen. Der ASF-Bundesvorstand hat 19 Anträge gestellt, die im Wesentlichen auf die Ergebnisse der ASF-Bundeskongress aus dem Jahr 2016 zurückgehen. Neben Anträgen zur Neuausrichtung der SPD, zur Sicherstellung der Hebammen-Versorgung wird auch der Antrag aus Sachsen-Anhalt „Rechtsanspruch auf Beratung für Betroffene von Menschenhandel“ behandelt und hoffentlich mehrheitlich beschlossen. Zur Wahlauswertung und zur Vorbereitung des Bundesparteitags treffen sich sowohl ASF-Bundesvorstand als auch ASF-Bundesvorstand vom 17. bis 18. November 2017 in Berlin.

Der nächste ASF-Bundeskongress findet vom 29. Juni bis 01. Juli 2018 in Saarbrücken statt, auf dem u.a. auch ein neuer Bundesvorstand gewählt wird. Die Antragsfrist endet am 18. Mai 2018. Da die Bundesvorsitzende der ASF, Elke Ferner, bereits darüber informiert hat, in Saarbrücken nicht erneut kandidieren zu wollen, wird auch eine neue Bundesvorsitzende gewählt. Eva Högl, die Vorsitzende der ASF Berlin, hat ihre Kandidatur angekündigt.

Dr. Nicole Ramin neue Vorsitzende der ASF-Halle

Die ASF Halle sich nach zweijährigem Bestehen neu aufgestellt und auf breitere Füße gestellt. Am 12. September 2017 wählten die Genossinnen einen neuen Stadtvorstand. Neue Vorsitzende ist Dr. Nicole Ramin. Ihr stehen mit Annika Seidel-Jähning und Maïke Lechler zwei Stellvertreterinnen zur Seite. Als Beisitzerinnen unterstützen Terry-Ann Branch und Roswitha Wagner, die erst im Mai 2017 in die SPD eingetreten ist, den ASF-Vorstand. Auf der konstituierenden Sitzung hat der neue Vorstand die nächsten Projekte besprochen und geplant. Ein wichtiges Anliegen im kommenden Jahr ist der Internationale Frauentag am 08. März 2018, der ganz im Zeichen der Geburtsstunde des Frauenwahlrechts in Deutschland steht und seinen 100-jährigen Jahrestag feiert. Gemeinsam mit Kooperationspartnern plant die ASF einen Stand auf dem Marktplatz, einen historischen Stadtspaziergang, sowie ein Chanson-Abend. Auch der Equal Pay Day (Aktion für Entgeltgleichheit) soll einen wichtigen Raum einnehmen. Zusammen mit den Jusos plant die ASF hierzu eine stadtweite Aktion. Mehr wird aber noch nicht verraten. Falls ihr die ASF Halle unterstützen oder gern bei einer Sitzung dabei sein möchtet, könnt ihr die Genossinnen unter asf@spd-halle.net erreichen.



Bild: Dr. Nicole Ramin

Stadtvorstand der ASF-Magdeburg bestätigt



Bild: Raphaela Spitaler

Die ASF Magdeburg hat einen neuen Stadtvorstand gewählt. Auf ihrer Sitzung am 24. Oktober 2017 wurde Sarah Schulze als Vorsitzende der ASF Magdeburg bestätigt, ihr stehen fortan Karola Schröder und Mary-Jo Brendel als Stellvertreterinnen zur Seite. Friederike Rösler und Birgit Steinmetz komplettieren den Vorstand.

Die Genossinnen nutzen die Veranstaltung auch zur Planung weiterer gleichstellungspolitischer Aktionen. Gemeinsam mit dem politischen Runden Tisch der Frauen in Magdeburg und der Beratungsstelle Vera soll es am 25. November 2017 zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen eine öffentlichkeitswirksame Aktion in der Magdeburger Innenstadt geben. Pünktlich zur Weihnachtszeit soll erneut die Weihnachtskalenderaktion durchgeführt werden. In diesem Jahr wird das Magdeburger Kinderheim einen „Weihnachtskalender“ in Form von 24 Geschenken erhalten, die die Einrichtung vorher in einem Wunschzettel übermittelt hat. Wer sich beteiligen oder bei der ASF engagieren möchte, kann den Vorstand unter asf@spd-magdeburg.de erreichen.

Interessierte sind immer herzlich willkommen!

Impressum:

V.i.S.d.P.: Sarah Schulze
ASF-Landesverband
Bürgerstraße 1
39104 Magdeburg
asf@spdlisa.de

Termine:

07.11.2017, 18:00 Uhr: ASF-Landesvorstand, Magdeburg, ERH
09.11.2017, 09:30 Uhr: 7. Landesweiter Tag der Genderforschung Sachsen-Anhalt
15.11.2017, 18:00 Uhr: Für mehr Frauen in der Politik! Ein Parité-Gesetz für Sachsen-Anhalt - die nächsten Schritte? Veranstaltung der Grünen Landtagsfraktion
24.11.2017, 09:30 Uhr: Landesfrauenrat - Fachtag Frühehen - ein differenzierter Blick auf Rechtslage, Kindeswohl und Bedarfe, MD Roncalli Haus